

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 M., durch einen Nachzügler getragen in der Stadt monatlich 3 M., auf dem Lande 3.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postämter stellen unsere Nachzügler und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über die Zeitungsbekanntmachung zu stellen.



Vertriebspreis 1 M. für die 6000000 Exemplare über deren hinaus, Restsumme, die 2000000 Exemplare 2.50 M. Bei Abrechnung und Jahresabschluss entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen in amtlichen Zeitungen von (Belehen) die 2000000 Exemplare 3 M., Nachwechungsgebühr 10 Pfa. Abzugsminderungen bis zum 1. Juli 1921. Für die Abrechnung der durch Verfall übermachten Exemplare übernimmt die Wilsdruffer Zeitung. Jeder Abzug von 10 M. für die Abrechnung der durch Verfall übermachten Exemplare übernimmt die Wilsdruffer Zeitung. Jeder Abzug von 10 M. für die Abrechnung der durch Verfall übermachten Exemplare übernimmt die Wilsdruffer Zeitung.

Ercheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 157.

Freitag den 8. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Einmachzucker.

In der Zeit vom 4. bis 20. Juli 1921 gelangen weitere 2 Pfund Einmachzucker je Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Ausgabe erfolgt auf den auf der Stammliste befindlichen Buchstabenabschnitt „U“ der Normalzuckerkarte Reihe 21.

Näheres ist aus der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittelamt vom 1. Juli 1921, abgedruckt Sächsische Staatszeitung Nr. 152, die bei den Gemeindebehörden ausliegt, ersichtlich.

Meißen, am 6. Juli 1921. Nr. 821 b II F. Die Amtshauptmannschaft.

Die Vorstände und Ärzte der Krankenkassen des Bezirks werden erneut

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Aus London wird die Nachricht verbreitet, in Russland sei für den nächsten Monat ein neuer weicher Aufstand zu erwarten. Die Führer erheben Frankreichs und Amerikas Unterstützung.
- * Das spanische Ministerium hat dem König seinen Rücktritt infolge Unfähigkeit in der Wiederherstellung nach den Erschütterungen durch die Arisepereignisse unterbreitet. Der König sprach dem Kabinett erneut sein Vertrauen aus.
- * Vom Bericht aus Syrien ist das griechische Meer, das den dortigen Fronten befeht, zerfallen.
- * Die Auflösung des deutschen Reiches in Oberschlesien, der am 3. Juli das gesamte Gebiet an Polen übergeben wird, wird von Wien aus durch General Hofer geleitet. Der Auflösungsbericht ist bereits ergangen.
- * In das Arbeitszimmer des Präsidenten der Republik Peru, Legua, wurde von einem vorbeifahrenden Automobil aus eine Bombe geworfen. Der Präsident war jedoch nicht angekränkt.
- * Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanischen Truppen bei Kantonfolosow in Offensiven von Bolschewisten überfallen wurden. Es kam zu ersten Kämpfen. Die Bolschewisten haben die Stadt Ochoff befeht.
- * Die Remonten sollen in Amarsch auf Konstantinopel sein. In den Kreisen der Westmächte regt man an, den Rumänen die Verteidigung Konstantinopels zu übertragen.

Die Türksifizierung Deutschlands

Nachdem die Türkei im Jahre 1876 einen Staatsbankrott erlitten hatte, wurde einige Jahre später aus Anlaß der andauernden finanziellen Verzerrung im osmanischen Reich eine internationale Finanzkontrolle in Konstantinopel eingerichtet, die bis zum Beginn des Krieges bestand und eine Quelle fortwährender Reibungen bildete. Angesichts der Verlotterung des damaligen türkischen Staatswesens war die Aufrechterhaltung dieser sogenannten „Kapitalationen“ jedoch eine Notwendigkeit, denn wenn die europäischen Staaten nicht selbst die wichtigsten Einnahmequellen der Türkei, besonders die Zölle unter ihrer Aufsicht gehabt hätten, wäre keinerlei Aussicht auf eine auch nur teilweise Wiederherstellung der für damalige Zeiten ungewöhnlich hohen türkischen Staatsschulden vorhanden gewesen. Das System der Beaufsichtigung von Staatseinnahmen stellt aber selbstverständlich einen schweren Eingriff in die innere Verwaltung und damit in die Staatshoheit eines Landes dar und ist infolgedessen nur im Falle der unumgänglichen Notwendigkeit zu rechtfertigen. Wenn man dabei von Seiten der Entente jetzt daran gehen will, die gleichen Methoden gegen Deutschland anzuwenden, so muß dagegen der schärfste Einspruch erhoben werden. Deutschland hat trotz seines schweren Zusammenbruchs so viel Kraft und Flexibilität zum Wiederaufblühen und so viel guten Willen zur Abtragung der übernommenen Verpflichtungen bewiesen, hat vor allem bereits so bedeutende Zahlungen an die Verbandsstaaten geleistet, daß nicht die geringste Ursache zu der Befürchtung besteht, daß es künftig in der Erfüllung seiner finanziellen Aufgaben in Rückstand kommen würde, wenn man ihm nicht Kontrolleure in seine wichtigsten Ämter setzt, die darüber wachen sollen, daß auch wirklich jede Staatseinnahme in erster Linie für die Bezahlung der schuldigen Forderungen benutzt wird. Ein solches Verfahren kann nur dazu führen, daß das Verantwortungsgefühl untergraben und der Wille zum Aufstieg, der bei uns ja nun einmal über den Versuch zur Erfüllung des Ultimatus geht, gelähmt wird. Deutschland darf nicht dulden, daß es „türksifiziert“ wird, denn die inneren Verhältnisse des starken und leistungsfähigen 60-Millionen-Volkes, das nach wie vor ein unentbehrlicher Faktor in der Weltwirtschaft ist, können in keiner Weise mit den Zuständen des Verfalls verglichen werden, die vor dem Kriege in der alten Türkei herrschten.

Die neuesten Beschlüsse des seit dem Londoner Ultimatum eingesetzten „Garantiekomitees“, einer Unterabteilung der großen Reparationskommission, scheinen aber tatsächlich auf eine solche „Türksifizierung“ Deutschlands hinauszulaufen. Wie legt auf dem Umwege über England bekannt wird, ist die Aufgabe dieser Kommission tatsächlich nichts anderes, als eine vollständige Oberaufsicht über die deutsche Verwaltung auf dem Gebiet der Finanzen und der Zölle. An der Spitze der Zollabteilung wird ein französischer Beamter stehen mit dem Aufenthaltsort in Berlin. Er hat einen Stab von Beamten bei sich mit dem Recht zur Inspektion aller Zollämter und zur Nachprüfung

der Einnahmen, die bei der deutschen Zentralverwaltung einkommen. An der Spitze der Finanzabteilung wird sich immer nach den Mitteilungen der „Times“ — ein Fachmann befinden, dessen Aufgabe es sein wird, die deutsche Verwaltung im ganzen zu überwachen. Diese Beamten sollen mit einer weitgehenden Vollmacht versehen werden.

Die Kommission hat bereits getrennte Finanzentwürfe für das Jahr 1921/1922 einerseits und für die folgenden Jahre andererseits aufgestellt. Die diesjährigen Zahlungen betragen 2 Milliarden Goldmark, zahlbar in vier Vierteljahreszahlungen von je 500 Millionen Goldmark und ebenso vierteljährliche Zahlungen auf Grund der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe. Die Ablieferungen an Waren werden für dieses Jahr auf 1200 Millionen Goldmark angesetzt, der Zollbetrag auf 200 Millionen Goldmark, während die 26 prozentige Ausfuhrabgabe 1100 Millionen Goldmark erreichen dürfte. Der Gesamtbetrag, den Deutschland mit Ende des am 30. April 1922 beendigten Rechnungsjahres zu leisten hat, beläuft sich auf 2 Milliarden 650 Millionen Goldmark. Hieron sind 2 Milliarden 350 Millionen Goldmark bereits in Sicht (in sight), 300 Millionen Goldmark müßten also noch aufgebracht werden. Das soll die bereits vorbereitete neue Steuern geschehen.

Für die Zukunft, so meint die Kommission, kann der Betrag der deutschen Zahlungen nur schätzungsweise ins Auge gefaßt werden. Die Kommission nimmt aber an, daß er 1900 Millionen Goldmark betragen wird. Mit den festen Jahreszahlungen von 2 Milliarden Goldmark ergibt sich eine Summe von 3300 Millionen Goldmark. Die „in Sicht“ stehenden Einnahmen, zusammengesetzt aus Lieferungen, der 26 prozentigen Abgabe, den Zolleinnahmen usw. bleiben um 650 Millionen Goldmark hinter dem Betrag von 3300 Millionen zurück. Diese 650 Millionen sollen nun nach der Ansicht der Kommission durch Steuern auf Opioiden, Zucker, Tabak, Branntwein, Rohle und die Umsatzsteuer aufgebracht werden. Die deutsche Schätzung dieser Erträge beträgt 1660 Millionen Goldmark, und die Garantiekommission schlägt nun vor, 50 Prozent der Einnahmen zur Zahlung von Reparationslieferungen vorzumerken.

Die Garantiekommission hat den Plan, immer zwei Monate vor dem Betrag der Vierteljahreszahlungen zu bestimmen, der nach den drei vorangegangenen Monaten berechnet wird. Die Zolleinnahmen, die eine der „Hauptgarantien“ bilden, sollen jeden Monat bei den Zöllen, die von der Kommission zu bestimmen sind, eingezahlt werden.

Man sieht diesem Projekt auf den ersten Blick an, daß es ohne jede Rücksicht auf den inneren Finanzbedarf Deutschlands entworfen ist und nichts anderes als einen Versuch bedeutet, Deutschland trotz seines fast über unsere Kraft hinausgehenden an den Willens zur freiwilligen Leistung neue Fesseln anzulegen. Man kann übrigens annehmen, daß auch hier nichts so bestmöglich wie gelohnt wird.

Die Teilung Oberschlesiens.

Deutschen eingeschlossen und gesperrt.

In Paris soll man nun auch den Plan auf eine nur einstweilige Lösung der oberschlesischen Frage aufgegeben haben und eine endgültige Regelung durch den Obersten Rat für notwendig halten. Die nächste und entscheidende Sitzung des Obersten Rates soll nunmehr nicht in Boulogne stattfinden. Vielmehr werde man in Brüssel zusammenzutreten, um dort über Oberschlesien und die Märzanktionen zu beraten.

Hindenburg, Königshütte und Kattowitz deutsch?

Als endgültig befestigt betrachtet man in Paris angeblich die Teilungslinie des französischen Oberkommissars General Le Rond.

Die neue von Frankreich befürwortete Linie deckt sich im wesentlichen mit der sogenannten zweiten Linie des Grafen Sforza. Diese würde Hindenburg, Königshütte und die Stadt Kattowitz bei Deutschland belassen.

Frankreich werde nun auf der Forderung des Obersten Rates eine derartige Lösung vorschlagen, falls nicht bis zur Konferenz Ereignisse eintreten, welche die Beschlüsse in letzter Stunde nach anderer Richtung ablenken.

Zwei Drittel an Deutschland, eines an Polen

Auch in Berliner Ententekreisen wird behauptet, daß die Entscheidung über Oberschlesien nahe bevorstehe und daß über die Grundlagen der beabsichtigten Teilung bereits Einigkeit erzielt sei. Danach sollen vom gesamten Ab-

stimmungsgebiet etwa zwei Drittel an Deutschland und ein Drittel an Polen kommen. Die Kreise Oppeln, Kreuzburg, Rosenberg, Ratibor, Lublitz, Oberglogau, Cosel, Leobschütz, Groß-Strehlitz, Königshütte, Hindenburg, Steinitz und Stadt Kattowitz sollen deutsch bleiben, während die Kreise Pleß, Rybnitz, Kattowitz-Land, Weutchen und Tarnowitz polnisch werden sollen. Bei dieser Regelung würden nicht weniger als drei Viertel des Industriezentrums von Deutschland losgerissen.

Man behauptet in den erwähnten Ententekreisen, daß die Teilung des gesamten Gebietes im Verhältnis der Einwohnerzahl von 1:2 ungefähr dem Abstimmungsresultat entspreche und sogar noch zugunsten Deutschlands ausfalle, verschweigt aber, daß die unerhörte Zerstückelung des Industriezentrums nicht nur dem Abstimmungsresultat geradezu zuwiderläuft, denn bekanntlich haben alle großen Industriezentren starke deutsche Mehrheiten gehabt, sondern auch einen Eingriff in die wirtschaftlichen Zusammenhänge bedeutet, der geradezu vernichtend wirken muß und der Deutschland seiner wichtigsten und wertvollsten Quellen beraubt, aus denen uns erst die Mittel zur Leistung unserer Reparationsverpflichtungen fließen sollen. Daß man sich auf Seiten der Entente stillschweigend dieses Unlandes bewußt ist, beweist die weitere Vereinbarung, daß Veroinnen über eine Entschädigung Deutschlands eingeleitet werden sollen, mit dem Ziele, daß Polen einen Teil der oberschlesischen Kohlenaubente bis auf weiteres an Deutschland liefern und einen kleinen Anteil der deutschen Reparationslasten übernehmen soll. Auch darüber ist man sich klar, daß die Gefahr besteht, das Industriezentrum unter polnischer Herrschaft bald in schwerer wirtschaftlicher Verfall geraten. Deshalb behalten sich die Alliierten eine Kontrolle in den an Polen abzutretenden oberschlesischen Gebieten vor, und sie beabsichtigen sogar, falls es sich als nötig erweisen sollte, diese Gebiete in eigene Verwaltung zu nehmen.

Französische Gewalt Herrschaft in Weutchen.

Die deutschen Parteiführer und Gewerkschaftsführer beschlossen Dienstag einen Aufruf, der zur Ruhe und Besonnenheit mahnt und Bedauern über die Vorfälle ausdrückt. Ferner sollte sich ein Vierterauschuß zum französischen Kreiskontrollrat begeben, um Vorkommnisse gegen die Sperrung des Straßenverkehrs und die Verschwendung von Geiseln zu erheben. Bevor jedoch der gewählte Vierterauschuß sich zum Kreiskontrollrat begeben konnte, wurden die Herren verhaftet. Ferner sind verhaftet außer dem ersten Bürgermeister Stadtrat Kasperowicz, Polizeidirektor Wender, Verlagsleiter Bloch als Ersatz für den verschwundenen Vater, Stadtrat Krüger, Gymnasialdirektor Fialdick, Stadtrat Trappe, Oberstaatsanwalt Gorkow. Mehrere der als Geiseln festzunehmenden waren nicht mehr aufzufinden.

Die Stadt ist nach wie vor von französischen Posten umstellt und jeglicher Zu- und Ausgang verboten. Der Zugverkehr ist vollkommen eingestellt. Die Straßenbahnen des Industriegebietes verkehren nur bis an die Grenzen der Vorkäbe heran.

In den Kreisen der diplomatischen Entente-Missionen in Berlin glaubt man, daß weitere internationale Verhandlungen nicht entstehen werden, sondern der ganze Vorgang in Weutchen als ein lokales Ereignis aufgefaßt und behandelt werden wird. Auch aus Paris hört man, daß französische Außenministerium siehe auf dem Standpunkte, es handele sich in Weutchen lediglich um eine Polizeianglegenheit von lokalem Charakter. Die Verantwortung könne kein vernünftiger Mensch der deutschen Regierung zuschieben.

Vor einem vierten Polenaufruf?

Die über die Grenzen zurückgezogenen polnischen Infanterieverbände halten militärische Übungen ab und bleiben fest geschlossen. Die im Aufstandsgebiet zurückgebliebenen Insurgenten und Hallerjohndaten sind nur bis zum 17. Juli beurlaubt. Auch bezügl. die Hallerjohndaten ihre Lehnung weiter. Ihnen ist ausgedehnt worden, sich für den baldigen Auf bereitzuhalten. Es verlautet, daß dieser vierte Aufruf bereits am 10. Juli mit einem Streik beginnen soll, der sich zu einem Generalstreik ausdehnt, um dann am 17. Juli, wenn die ersten Nachrichten aus Paris eintreffen, den neuen Aufruf zu einleiten. In den Wäldern von Heiligwimmelt es von schwer bewaffneten Aufständischen. In den Kreisen Rybnitz und Kattibor haben sie an verschiedenen Orten die Gewalt wieder an sich gerissen. Die Bevölkerung flieht in Massen.